

FINANZEN

KOMPAKT

GELD

Festgeld plus Fonds bedeutet oft hohe Kosten

Festgeld plus Investmentfonds - viele Geldinstitute preisen solche Kombinationsangebote als sichere Geldanlage, die zugleich eine hohe Renditechance bringt. Anleger sollten allerdings genau hinsehen - denn hohe Kosten könnten die versprochene Rendite deutlich schmälern, erklärt die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Außerdem werden die attraktiven Zinssätze oft nur für einen begrenzten Zeitraum gezahlt. Ein Beispiel: Investiert ein Anleger 8000 Euro in ein solches Kombinationsangebot, wird die Hälfte als Festgeld angelegt und die andere Hälfte in einen Aktienfonds investiert. Wird auf das Festgeld für drei Monate ein garantierter Zinssatz von 5 Prozent gezahlt, erhalte der Anleger in dieser Zeit 50 Euro, rechnen die Verbraucherschützer vor. Werden für den Fonds zugleich jedoch 5 Prozent Ausgabeaufschlag fällig, koste das einmalig 200 Euro. Hinzu kämen laufende Vertriebsprovisionen, die jährlich noch einmal mit 20 Euro zu Buche schlagen.

RECHT

Verbraucherschützer warnen vor Inkasso-Schreiben

Bei vielen Verbrauchern landen derzeit Schreiben von Inkassobüros im Briefkasten. In diesen Mahnungen werden nach Angaben der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz Forderungen aus angeblich telefonisch abgeschlossenen Gewinnspieldiensten geltend gemacht. Neben den offenen Beträgen werden auch Mahn- und Rechtsanwaltskosten in Rechnung gestellt. Empfänger sollten die Forderung keinesfalls ungeprüft begleichen, empfehlen die Verbraucherschützer. Zahlen müssten sie nur, wenn sie tatsächlich einen rechtsgültigen Vertrag geschlossen haben. Sei kein Vertrag zustande gekommen oder wurde er durch Täuschung untergeschoben, sollten Betroffene der Forderung schriftlich widersprechen.

ÖKOSTROM

2

Prozent nur noch beträgt der Preisunterschied zwischen günstigen Ökostromtarifen und konventionellen Angeboten. Das hat eine Auswertung des Verbraucherportals Toptrifit ergeben. Im Vergleich zu den Grundversorgungsverträgen sind preiswerte Ökostromtarife sogar bis zu 17 Prozent günstiger. So zahlt etwa ein Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden für konventionellen Strom bei günstigen Anbietern durchschnittlich 767 Euro. Fast zum gleichen Preis, für jährlich 785 Euro, können Verbraucher sich mit Ökostrom versorgen.

VERSICHERUNG

Kündigung der Rentenpolice ist meist verlustträchtig

Bei einem vorzeitigen Ausstieg aus ihrer Rentenversicherung machen Verbraucher in der Regel herbe Verluste. Darauf weist die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz hin. Denn die Kosten, die sich aus den gesamten bis Vertragsende einzuzahlenden Beiträgen berechnen, werden in den ersten Vertragsjahren abgezogen. Die Folge: Kunden bekommen weit weniger zurück, als sie eingezahlt haben, wenn sie den Vertrag wenige Jahre nach Abschluss bereits wieder kündigen. Der Finanzvermittler, der zur Kündigung einer Rentenversicherung rät, bekomme dagegen für jeden neuen Vertrag eine Verkaufsprovision.

IMMOBILIEN

Mieter haben Recht auf Instandsetzung des Balkons

Bei baufälligen Balkonen hat Mieter ein Anrecht darauf, dass diese instand gesetzt werden - nach denselben Regeln wie im Innenbereich. „Der Balkon gehört in der Regel laut Mietvertrag zur Wohnung“, erklärt Gerold Happ vom Eigentümerverein Haus & Grund. Können der Balkon nicht genutzt werden, beispielsweise weil er zu marode sei, sei das ein Mangel. Daher könnten Mieter in diesem Fall die Miete mindern. Dabei ziehen sie die Fläche des Balkons anteilig von der gesamten Wohnfläche ab und reduzieren die Mietzahlungen entsprechend. Bei Mietverträgen, die vor 2004 abgeschlossen wurden, darf bis zur Hälfte der Balkonfläche angerechnet werden. Seit dem Jahr 2004 sind in der Regel ein Viertel anzurechnen.

NACHHALTIG ABGEHÄNGT



Es grünt so grün für Investoren

Wer sein Geld nach ethischen Idealen investieren will, muss genau hinschauen. Denn der Begriff Nachhaltigkeit ist dehnbar - und bedeutet keinesfalls immer sozial oder ökologisch

■ Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei einigen Anbietern auseinander. Anleger sollten mit gesunder Skepsis prüfen

■ Studie: Investitionen entlang des „Nachhaltigkeitsindex“ DJSI World machen sich für Anleger an der Börse oft nicht bezahlt

HARALD CZYCHOLL

Um einen Wald nachhaltig zu bewirtschaften, dürfen jedes Jahr nur so viele Bäume gefällt werden wie auch nachwachsen. Das Prinzip aus der Forstwirtschaft lässt sich auf viele Lebensbereiche übertragen: Wer beispielsweise Strom aus erneuerbaren Energiequellen nutzt, sorgt so dafür, dass weniger fossile Ressourcen der Erde verbraucht werden.

Anleger, die ihr Geld sozial und ökologisch handelnden Unternehmen anvertrauen, wollen mit ihrer Geldanlage eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Doch Nachhaltigkeit ist ein dehnbarer Begriff. Handelt ein Autohersteller nachhaltig, weil er neben seiner Sprit schluckenden Modellpalette auch ein Elektroauto anbietet? Oder ist Kernenergie nachhaltig, weil hier bei der Stromproduktion kein klimaschädliches Kohlendioxid freigesetzt wird? Alles eine Frage der Definition - einen einheitlichen Standard, was unter Nachhaltigkeit zu verstehen ist, gibt es nicht. Genau das macht die Auswahl so schwer für Anleger, die ihr Geld ethisch bewusst investieren wollen.

Das Geschäft mit Anlagemodellen, die neben der monetären auch soziale und ökologische Rendite versprechen, hat hierzulande Hochkonjunktur. Einer Erhebung des Sustainable Business Institute (SBI) zufolge waren im vergangenen Jahr über 300 nachhaltige Investmentfonds in Deutschland zum Vertrieb zugelassen, das Fondsvolumen belief sich auf über 25 Milliarden Euro. Und die Entwicklung zeigt stetig nach oben: Das Fo-

rum Nachhaltige Geldanlage hat ermittelt, dass dieses Geldanlagesegment jedes Jahr um etwa 20 Prozent zulegt.

Alfred Platow, Chef der Kapitalanlagegesellschaft Ökoworld, spricht daher lieber von ethischen, sozialen und ökologischen Investments. Weltwirtschaft und Ökologie miteinander in Einklang bringen - das sei das erklärte Ziel seines Unternehmens: „Wir richten uns an Anlageberater, deren Kunden mit ihrer Geldanlage Wirtschaft und Umwelt miteinander kombinieren wollen.“ Und natürlich auch an institutionelle Investoren.

Insbesondere für private Anleger problematisch bleibt die Unterscheidung zwischen „echten“ grünen Investments und solchen, die sich - oft zu Werbezwecken - einen grünen Anstrich verpassen. „Anleger sollten ihren Bankberater gezielt nach ökologischen Investments fragen und die Jahresberichte der Investmentfonds genau studieren“, rät Platow. Das sei die einzige Möglichkeit. Im Umkehrschluss sei für die Anbieter absolute Transparenz das Gebot der Stunde.

Hinzu kommt: Investitionen in Unternehmen, die im Dow Jones Sustainability World Index (DJSI World), dem größten Nachhaltigkeitsindex gelistet sind, machen sich für Anleger an der Börse oft nicht bezahlt. Der DJSI World gilt einigen Experten als eine Art „Goldstandard“ beim Thema Nachhaltigkeit. Andreas Ziegler, Professor für Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Kassel, hat in einer Studie die Entwicklung des Börsenwertes von 51 deutschen Unternehmen untersucht, die vor zehn Jahren in den DJSI aufgenommen wurden. Sein Ergebnis: „Wenn es überhaupt einen messbaren Effekt gab, dann war der negativ“, sagt Ziegler.

„Offenbar“, so seine Analyse, „vermuten viele Investoren, dass mit der Aufnahme in einen Nachhaltigkeitsindex für die fraglichen Unternehmen zunächst unproduktive Kosten entstehen, die Firmen aber nicht wirklich umweltfreundlicher und sozialer handeln.“ Trotzdem rät der Wirtschaftsforscher Anlegern nicht generell davon ab, in umweltfreundliche oder ethische Papiere zu investieren. „Sie sollten sich wohlklingenden Indizes und Fonds allerdings mit ge-

EINE FRAGE DER DEFINITION

Eine längere Zeit anhaltende Wirkung - so die Definition des Wortes „Nachhaltigkeit“ im ursprünglichen Wortsinn. Der Begriff stammt aus der Forstwirtschaft: Demnach darf nicht mehr Holz gefällt werden, als nachwachsen kann. Der ehemalige Generaldirektor der Internationalen Naturschutzunion, David Munro, brachte den englischen Begriff „Sustainable Development“ in die Welt-Naturschutz-Strategie ein. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung übernahm den Begriff in die Agenda 21, von wo aus er in die deutsche

Umweltpolitik als „nachhaltige Entwicklung“ rückübersetzt wurde. Heute ist Nachhaltigkeit zunehmend zum **Modewort** verkommen und wird beinahe inflationär verwendet. Konzerne jeder Art mühen sich, ihre Tätigkeit in Nachhaltigkeitsberichten umweltfreundlich und sozial zu präsentieren. Die **Grenze zum Greenwashing** verschwimmt. „Nachhaltiges Investment“ ist ebenso schwammig. Es reicht von „Werterhalt des Geldes bei Investitionen in alle Branchen“ bis hin zu Investments mit umfassenden sozial-ethischen Positiv- oder Negativlisten.

„Das ist moralischer Betrug am Anleger“

Andrew Murphy, Murphy & Spitz Green Capital

sunder Skepsis nähern und sich die Auswahlkriterien genau anschauen.“

Für zusätzliche Verunsicherung unter Anlegern sorgen derzeit Probleme einzelner Branchen, die dem ökologischen Segment zugerechnet werden. Denn ohne Verlustrisiko sind auch ökologisch-soziale Investments nicht. Dass sich Nachhaltigkeit und Insolvenz nicht gegenseitig ausschließen, zeigt beispielsweise die deutsche Solarindustrie.

Im April musste mit Q-Cells eine der größten Firmen der Solarbranche Insolvenz anmelden - das Unternehmen war bereits das vierte Opfer der in den vergangenen Monaten um sich greifenden Branchenkrise. Gerade die erneuerbaren Energien, die von Fördermitteln und Subventionen abhängen, sind dabei auch politischen Risiken ausgesetzt. Denn wenn in Berlin oder Brüssel die entsprechenden Mittel gekürzt werden, stehen viele Unternehmen vor dem Aus - und die Investoren schauen in die Röhre.

Ökoworld-Chef Platow betont, Nachhaltigkeit sei ein branchenübergreifendes Wirtschaftsprinzip. „Wir sind Asset Manager und kein Solarinvestor.“ Von

Investitionen in diesen Sektor habe sich das Unternehmen verabschiedet. Auch Murphy & Spitz Green Capital, Finanzdienstleister für grüne Geldanlagen, zieht Konsequenzen aus dem zunehmend schwieriger werdenden Marktumfeld für Innovationen im Bereich Erneuerbarer Energien. „Durch die EEG-Novellierung ist der Frühfinanzierung von Erneuerbaren Energien-Unternehmen endgültig der Boden entzogen“, sagt Vorstand Andrew Murphy.

Transparenz - so lautet auch das Versprechen so genannter Nachhaltigkeitsindizes. Sie wollen Orientierung bieten und den Anlegern Möglichkeiten aufzeigen, ihr Geld nachhaltig zu investieren. „Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Forderung an die Politik, sondern auch an den Finanz-, Wirtschafts- und Sozialsektor“, sagt Walter Hirche. Der ehemalige niedersächsische Wirtschaftsminister ist heute Präsident der deutschen UNESCO-Kommission - und Mitglied im Beirat des Global Challenges Index, der vor fünf Jahren von der Börse Hannover ins Leben gerufen wurde. Der Index sei „ein nützliches Instrument, auf Unter-

Weniger Elterngeld für werdende Mütter und Väter

Im Steuerrecht soll alles einfacher werden, doch damit wird es nicht auch gerechter. Das zeigt sich am Elterngeld

■ Paare müssen jetzt ein halbes Jahr vor der Geburt heiraten, um mehr Elterngeld durch einen Steuertarifwechsel zu erhalten

Selters statt Sekt heißt es noch heute für nicht wenige Bräute auf ihrer eigenen Hochzeit. Keinesfalls, weil es für sie nichts zu feiern gäbe. Das Gegenteil ist der Fall, sie feiern bereits für zwei. Ein in der Ehe geborenes Kind erspart den Eltern einiges an Renner. Verständlich also, dass Paare sich immer wieder dazu entschließen, schwanger bis hochschwanger vor den Traualter zu treten. Ein weiterer Pluspunkt bisher ist, dass ein Ehegatte dann in eine günstigere Lohnsteuerklasse wechseln und so seinen Nettolohn erhöhen kann. Und mehr Netto bedeutet ein höheres Elterngeld. Dem beliebten Spiel werdender Eltern schiebt der Staat nun einen Riegel vor - durch eine gesetzliche Neuregelung, die

den Bezug des Elterngeldes entbürokratisieren sollte.

Was eigentlich nur als gesetzliche Vereinfachung ab 2013 geplant war, dürfte vielen Müttern und Vätern jedoch finanzielle Nachteile bringen. Die Einbußen machten für Arbeitnehmer schlimmstenfalls bis zu 100 Euro und mehr im Monat aus, hat der Geschäftsführer des Neuen Verbands der Lohnsteuerhilfevereine (NVL), Uwe Rauhöft, errechnet. Wer 2013 Nachwuchs erwartet, sollte sich sehr früh, spätestens sieben Monate vor dem Geburtstermin, um die Weichenstellung fürs Elterngeld kümmern.

Bis Jahresende können angehende Eltern noch relativ leicht selbst ausrechnen, was sie an Zuschüssen erwartet. Für ihr Neugeborenes bekommen sie 65 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der letzten 12 bis 14 Monate vor der Geburt, höchstens 1.800 Euro im Monat. Arbeitnehmer schnappen sich ihre Gehaltsabrechnungen und nehmen den Nettolohn nach Abzug von Steuern

und Sozialversicherungsbeiträgen zur Grundlage. Zusätzlich geht noch ein Zwölftel des Arbeitnehmer-Pauschetrags ab. Urlaubs- und Weihnachtsgeld bleiben außen vor. Grundsätzlich gilt: Je mehr Netto, desto mehr Elterngeld.

Ab 2013 muss anders gerechnet werden. Künftig wird der Bruttolohn für die bis zu 14 Monate vor der Geburt zugrunde gelegt. Die tatsächlichen Abzüge auf der Lohnabrechnung zählen nicht mehr. Stattdessen zieht der Staat vom Brutto neue Pauschalsätze ab, insgesamt 21 Prozent für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Dieser Wert liegt aber um rund einen halben Prozentpunkt über den aktuellen Beitragssätzen. Die Folge: Das so berechnete Nettoeinkommen ist geringer - und damit auch das Elterngeld.

Auf den ersten Blick schlägt die Gesetzesänderung nur marginal durch: Bei einem Bruttolohn von 2000 bis 3000 Euro schrumpft das Elterngeld um sieben bis zehn Euro im Monat, rechnet Rauhöft

vor. Viel stärker aber wirkt sich das neue Gesetz bei der Lohnsteuer aus, die vom Brutto abzuziehen ist. Dafür ist die Lohnsteuerklasse wichtig, die das betreuende Elternteil in den vorangegangenen Monaten am längsten hatte.

Grundsätzlich gilt weiter: Verheiratete können mit einem cleveren Wechsel der Steuerklasse in der Schwangerschaft das Nettoeinkommen nach oben schrauben. Das bringt bestenfalls einige Hundert Euro mehr im Monat. Künftig nutzt der

nehmen mit einer nachhaltigen Politik aufmerksam zu machen“, sagt Hirche.

Die Bekämpfung des Klimawandels, die Sicherstellung einer ausreichenden Trinkwasserversorgung, eine nachhaltige Landwirtschaft und Artenvielfalt, die Armutsbekämpfung und die Unterstützung verantwortungsvoller Führungsstrukturen in Unternehmen - das sind die Ziele, die sich die Macher gesetzt haben. Dazu haben sie in Zusammenarbeit mit der Nachhaltigkeits-Ratingagentur Oekom Research einen entsprechenden Kriterienkatalog entwickelt. Unternehmen, die in dem Index gelistet werden wollen, müssen Voraussetzungen erfüllen und werden einmal pro Jahr dahingehend auf Herz und Nieren geprüft. Zum Kreis der 50 gelisteten Unternehmen zählen derzeit etwa der Windanlagenhersteller Nordex, das Solarunternehmen Solarworld, die Umweltbank und der Joghurthersteller Danone. Alles Unternehmen, denen man eine nachhaltige Firmenpolitik grundsätzlich zuschreiben würde.

In Nachhaltigkeitsindizes finden sich auch große Konzerne - denen man auf den ersten Blick vielleicht nicht das Merkmal „Nachhaltig“ verpassen würde. Doch auch bei Firmen wie BMW, BASF oder etwa Air France-KLM ist Nachhaltigkeit sei ein fester Bestandteil der Unternehmensstrategie. Auch Chemiekonzerne, Autohersteller oder Fluglinien zählen daher zum Kreis der 300 Unternehmen, die im Dow Jones Sustainability World Index gelistet sind.

Das Schweizer Unternehmen Sustainable Asset Management, Anlagespezialist für nachhaltige Investitionen, wählt für den seit 1999 bestehenden Index die nach bestimmten ökologischen und sozialen Kriterien „besten“ zehn Prozent der 2500 weltgrößten Unternehmen aus. Dabei ist ein Grundsatz, dass die Spitzenreiter aller Branchen berücksichtigt werden müssen. Alljährlich im September wird ausgesiebt: Dann können neue Unternehmen, die nach den DJSI-Kriterien besonders nachhaltig gewirtschaftet haben, in den Index aufsteigen - andere müssen dafür das Feld räumen.

Kritiker werfen Unternehmen die sich die Label „grün“ oder „nachhaltig“ anheften vor, schlicht Greenwashing zu betreiben: Sie würden gezielt versuchen, die Kriterien für die Aufnahme in den Index zu erfüllen, um sich so als besonders nachhaltig zu präsentieren. In anderen Bereichen jedoch würden sie so weitermachen wie bisher - teilweise eher schmutzig denn nachhaltig. Der Ölkonzern BP verlor seinen Platz im DJSI World erst, nachdem „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko explodiert war - obwohl es vorher schon Anzeichen für Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Und auch der japanische Energiekonzern Tepco, dem das im vergangenen Jahr explodierte Atomkraftwerk in Fukushima gehörte, war bis zu der Katastrophe in einem Regionalindex des DJSI gelistet.

„Eine Geschäftstätigkeit, die per se auf Kosten der Umwelt und der Lebenswelt heutiger wie zukünftiger Generationen geht, kann nicht nachhaltig sein“, meint Murphy & Spitz-Vorstand Andrew Murphy. „Solche Unternehmen wollen sich lediglich ein grünes Mäntelchen umlegen und haben nichts in Nachhaltigkeitsfonds zu suchen.“ Anleger, die ihr Geld in Nachhaltigkeitsfonds investieren, so Murphy, wollten gerade solche Praktiken eben nicht unterstützen. Er kritisiert die Fondsanbieter scharf: „Wenn sich solche Unternehmen trotzdem in Nachhaltigkeitsfonds befinden, dann haben die Finanzdienstleister nichts verstanden und begehen moralischen Betrug am Anleger.“

„Für den Fiskus ist die Änderung praktisch, für Bürger weniger“

Markus Deutsch, Deutscher Steuerberaterverband

legale Trick aber nur noch dann etwas, wenn der Umstieg in eine andere Steuerklasse mindestens sieben Monate vor der Geburt passierte, wie Rauhöft erläutert. „Am besten schon bei Kinderwunsch wechseln, so verrückt es klingt, das bringt am meisten Geld“, rät Markus Deutsch vom Deutschen Steuerberaterverband. Das bedeutet auch: Künftige Eltern müssen sich früher entscheiden, wer zu Hause bleibt. Verpasst das Ehepaar den Umstieg in den ersten Schwangerschaftswochen, gilt die ungünstigere Steuerklasse. So verliert der Partner, der 2.000 Euro brutto im Monat hat und erst fünf statt sieben Monate vor dem Geburtstermin von Steuerklasse IV auf III wechselt, 59 Euro monatlich, wie NVL-Berechnung zeigt. Hatte er Klasse V, büßt er 114 Euro ein. Das neue Gesetz löscht zudem Freibeträge, von denen werdende Eltern profitieren. Deutsch resümiert: „Für die Finanzverwaltung ist die Änderung sicher praktischer, für die Bürger weniger.“ dapl/got